

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/109

11. Juni 1971

Propaganda und Wirklichkeit

Die innere Situation der christdemokratischen Partei

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 / 47 Zeilen

Den Bürger vor Mißbrauch schützen

Hessen beschreibt neue Wege im Datenschutz

Von Willi Birkebach
Beauftragter der hessischen Landesregierung für Datenschutz

Seite 2 und 3 / 93 Zeilen

Sport in der Sowjetunion

In jeder Familie mindestens ein Sportler

Seite 4 / 41 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-36
Telefax: 886 848/888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 68 11

Propaganda und Wirklichkeit

Die innere Situation der christdemokratischen Partei

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die CDU hat es vermocht, sich ständig in der öffentlichen Diskussion zu halten und einen Teil der Bevölkerung sogar zu verunsichern, weil er den wirklichen Hintergrund der christdemokratischen Verlautbarungen nicht immer durchschauen kann. Wer das propagandistische Spiel der CDU verfolgt und gleichzeitig weiß, was hinter den Kulissen der Union wirklich vor sich geht, vermag sich einer gewissen Bewunderung nicht zu entziehen. Denn bislang scheint es vielen Menschen in unserem Lande noch gar nicht aufgegangen zu sein, daß die CDU so schwach und unsicher ist wie nie zuvor. Dafür einige Beispiele:

1/ Statt eines Kanzlerkandidaten präsentiert sie eine durch härtesten Schlagabtausch paralyisierte Führungsspitze. Eine Einigung insbesondere auch nach den Erklärungen des Generalsekretärs Dr. Bruno Heck scheint weiter denn je entfernt.

2/ Noch weiß auch niemand in dieser Partei und in der Öffentlichkeit, wer den Vorsitz in der CDU übernehmen wird.

3/ Ausgerechnet die Partei, die sich immer neu aufgerufen fühlt, die Bundesregierung zur Solidität zu ermahnen, befindet sich in einer finanziellen Krise. Obschon es ihr noch nicht gelungen ist, ihre Schulden aus dem letzten Bundestagswahlkampf zurückzahlen, baut sie sich ein aufwendiges Hochhaus in Bonn.

4/ Spätestens auf dem Düsseldorfer Parteitag wurde das Ausmaß des Konfliktes zwischen der CDU und den Arbeitnehmern offenkundig. Wer sich wie der Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, dem arbeitnehmerfeindlichen Kurs der Unionsmehrheit zu widersetzen wagt, gerät auf die Abschußliste.

5/ Mit ihrer außen- und deutschlandpolitischen Haltung ist die CDU nun vollends in die Isolation geraten. Es gibt - die jüngste NATO-Ministerratssitzung demonstrierte es erneut - keine westeuropäische Regierung, die den ständigen Kassandrarufern und Störmanövern der CDU zustimmen mag.

6/ Die CDU nimmt prompt Anstoß, wenn sich die Bundesregierung auch nur räuspert, und belegt jede Entscheidung der Koalition mit schwerstem Beschuß. Das ist ihr gutes Recht. Es ist ihr jedoch nicht gelungen, in der ersten Hälfte der Legislaturperiode ein einziges durchdachtes Alternativkonzept vorzulegen. Das gilt für die Konjunkturpolitik ebenso wie für alle Bereiche der Reformpolitik, das gilt für den Bundeshaushalt und die Bildungsplanung. Wenn sie aber das Ziel verfolgt, die Regierung zu übernehmen, muß sie auch in der Opposition den Nachweis erbringen, daß sie klare politische Konzepte vorlegen kann.

Bei alledem grenzt es ans Wunderbare, daß es der Union bislang geglückt ist, ihre derzeitige Situation durch propagandistisches Engagement zu überspielen. Auf die Dauer wird sich allerdings zeigen, daß selbst propagandistisches Talent den Mangel der CDU an politischer Substanz nicht vertuschen kann. (ex/11.6.1971/ks)

Den Bürger vor Mißbrauch schützen

Hessen beschreitet neue Wege im Datenschutz

Von Willi Birkelbach

Beauftragter der hessischen Landesregierung für Datenschutz

Als erstes Land der Bundesrepublik hat Hessen den früheren Chef der Wiesbadener Staatskanzlei, langjähriger Bundestagsabgeordneter und ehem. Mitglied des Europarates, Willi Birkelbach, zum Landesbeauftragten für Datenschutz gewählt. Er soll für die Einhaltung der gesetzlichen Schutzvorschriften in diesem Bereich sorgen und den Bürger vor dem Mißbrauch der gespeicherten Daten schützen. Das hessische Beispiel sollte bald Nachahmung finden.

In der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen sprunghaft angestiegen. Sie haben schon längst Einzug gehalten auch in den öffentlichen Bereich: In die Kommunalverwaltung und die kommunalen Betriebe, die Länder- und die Bundesverwaltung und in die öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

In Hessen hat man frühzeitig erkannt, daß Rationalisierungseffekte bei Massendarbeiten und in der Dokumentation nicht die einzigen Leistungen sind, die man von der EDV erwarten darf: Sie eröffnet neue Dimensionen für komplexere Anwendungsgebiete, wie die Vorbereitung öffentlicher Entscheidungen und öffentlicher Planung, vor allen, wenn die elektronische Datenverarbeitung integriert erfolgt. Eine solche integrierte elektronische Datenverarbeitung kann das Grundlagenmaterial liefern für die Vorbereitung rationaler und quantifizierter Entscheidungsprozesse und Planungsalternativen. Damit ist eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, deren Auswirkungen noch nicht überschaubar sind. Die Möglichkeit, mit diesen Anlagen Informationen aller Art zu speichern, sekundenschnell getrennt erhobene Daten zu verknüpfen, garantiert, wie Professor Simitis es ausdrückte, eine völlig neue Informationsqualität.

Es ist nicht zu ignorieren, daß diese neue Informationsqualität und die neuen Leistungen, die elektronische Anlagen erbringen können, auch neue Gefährdungen mit sich tragen. In der Öffentlichkeit war die Privatsphäre des Staatsbürgers als besonders schutzbedürftig empfunden. Es gibt in Hessen keine Veranlassung, den vorhandenen bzw. den sich entwickelnden Datenverarbeitungszentren mit besonderem Mißtrauen zu begegnen. Wenn sich die hessische Landesregierung trotzdem entschloß, den Schutz der Privatsphäre des Einzelnen gegen unbefugte öffentliche Übergriffe an hervorragender Stelle im Gesetz zu verankern, so ist das eine präventive Maßnahme zur Sicherung der Vertrauensbasis zwischen Bürger und Verwaltung. Sie wurde im Blick auf eine ungewisse künftige technische Entwicklung ergriffen, um im vorhinein

möglichen Versuchungen zu Informationsmißbrauch entgegenzutreten

Die Bedeutung von Informationen, Informationskontrollen und Informationssystemen ist heute in der politischen Theorie und in der politischen Praxis anerkannt. Ebensovwenig ist umstritten, daß die Einführung der elektronischen Datenvorverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere die systematische Auswertung der vorhandenen Daten und Verarbeitungsergebnisse und die Nutzung erarbeiteter Programme, zu einer verstärkten Konzentration der Informationen bei der Exekutive oder einem Teil der Exekutive führt. Wenn die Verlagerung der Informationen, d.h. der Macht, einmündet in privilegierte oder gar monopolisierte Verfügung über den Informationsapparat, würde damit unsere gesellschaftliche Grundordnung tangiert. Eine der wesentlichsten Instanzen, die die aktive Mitwirkung der Bürger an der Gestaltung und Ordnung der öffentlichen Dinge ermöglichen, würde ausgehöhlt; die Konzentration der Informationen könnte zu einer Verfestigung etablierter Machtstrukturen beitragen und eine Spielregel der Demokratie, das Prinzip des "Regierens auf Zeit", außer Kraft setzen.

Beide Gefährdungen, die der Privatsphäre und die des Informationsgleichgewichts wurden in Hessen erkannt. Das bereits im Oktober 1970 verabschiedete Datenschutzgesetz bezieht sich einmal auf den Schutz des Bürgers und zum anderen auf die Auswirkungen der EDV auf die Struktur und das Zusammenspiel der obersten Verfassungsorgane und der entsprechenden Organe der gemeindlichen Selbstverwaltung. Der Bürger erhält das Recht, den Datenschutzbeauftragten anzurufen, wenn er glaubt, in seinen Rechten verletzt worden zu sein. Er hat einen Berichtigungsanspruch. Den Parlamenten aller Ebenen, dem Landtag, den Kreistagen und Gemeindevertretungen sowie den Fraktionen dieser Organe sollen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Auskunftsrechte über die gespeicherten Daten gewährt.

Hier ist nicht Raum, in aller Einzelheit die Schutz- und Auskunftsverschriften darzustellen. Es muß genügen, die Besonderheiten der hessischen Problemlösung anzudeuten: Während andere Länder der Bundesrepublik mit allgemeinen Dienstanweisungen oder mit der Schaffung von Beiräten die neue Situation zu meistern suchen, ist in Hessen bewußt der Weg des Gesetzes gewählt worden. Schon die Form der Datenschutzinitiativen sollte die Prärogative der demokratisch legitimierten Gremien deutlich machen. Ebenso bewußt hat man sich in Hessen für das personenbezogene Amt eines Datenschutzbeauftragten entschieden, der in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis steht und frei von Weisungen ist. Er wird vom Landtag für die Dauer der Legislaturperiode gewählt, kann wiedergewählt, aber nur unter erschwerten Voraussetzungen abgewählt werden. Er hat ein umfassendes Auskunftsrecht und ist zu Überparteilichkeit und Verschwiegenheit verpflichtet. Weder für das Datenschutzgesetz noch für das Amt des Datenschutzbeauftragten gibt es Vorbilder. Die hessische Initiative soll dazu beitragen, rational begründete und sachbezogene Entscheidungsverfahren zu entwickeln und dafür zu sorgen, daß sie eine Stärkung und nicht eine Gefährdung der Demokratie bewirken.

-/ex/11.6.1974/ks

Sport in der Sowjetunion

In jeder Familie mindestens ein Sportler

Zwischen dem XXIV. Parteitag der KPdSU und den Spielen der XX. Olympiade 1972 in München und in Kiel liegt das alle vier Jahre stattfindende Großereignis der UdSSR: Die Völkersparkiade. Mehr als 10.000 Sowjetsportler werden vom 15. Juli 1971 an im Moskauer Leninstadion um Spartakiadepreize kämpfen und die letzte große Sichtung des sowjetischen Sports vor den Olympischen Spielen 1972 bieten.

Vorausgegangen sind zwei Jahre Ausscheidungswettkämpfe, an denen vermutlich etwa 95 Millionen der 230 Millionen Sowjetbürger teilgenommen haben. Nach der IV. Spartakiade 1967 gaben offizielle Moskauer Stellen eine Zahl von 80 Millionen Teilnehmer an. Dabei handelt es sich um eine totale und alle Bevölkerungs- und Berufsgruppen umfassende Sportbewegung, die nicht nur maximale Möglichkeiten der Talentsuche bietet, sondern den mit aller Vehemenz besonders in der UdSSR und der DDR forcierten "Sport für alle" einbezieht.

Läßt man die gesellschaftspolitische Beurteilung einmal unberücksichtigt, so ist die kürzlich vom Staatlichen Komitee für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR veröffentlichte Statistik des Sowjetsports zweifellos imponierend. 43,6 Millionen Einwohner der UdSSR sind sportlich organisiert. Gegenwärtig sind rund 800.000 Mädchen und Jungen in den 3.000 Kindersport-schulen der DDR zusammengefaßt. Für den Sport in der UdSSR stehen 3.000 Stadien, 35.000 Sportanlagen, mehr als 40.000 Sport- und Mehrzweckhallen sowie rund 5.000 Touristiklager zur Verfügung. Außerdem dienen 21 staatliche Sportinstitute, drei Forschungsinstitute sowie 77 Fakultäten für Körpererziehung an Pädagogischen Hochschulen dem sowjetischen Sport. Sportpolitische Stellen in Moskau publizierten kürzlich, daß in den Sportanlagen der Sowjetunion täglich bis zu 20 Millionen Menschen Sport treiben können. In den Methoden der Propaganda lassen sich die Sportpolitiker einiges einfallen. Städte wie Salawat (Baschkirien), Slatoust (Ural), Nowaja, Kachowka und Dneprodserhinsk (Ukraine), wo oft bis zu einem Drittel der Bevölkerung Sportler sind, wurden mit der Ehrenbezeichnung "Stadt der Gesundheit" bedacht.

Eine weitere These der sowjetischen Sportführung ist: In jeder Sowjetfamilie mindestens ein Sportler. Folgt man sowjetischen Informationen, so wurden in den letzten zwei Jahren vor der V. Spartakiade zweifellos beachtliche Erfolge erzielt. Ein Beispiel: Allein in Kasachstan brachten die Spartakiadestarts 400.000 neue Leistungssportler hervor.

Ernst Dieter Schmickler
[-/ex/11.6.1971/ks]